

7. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 28. Jänner 1960

72/J

A n f r a g e

der Abgeordneten C z e t t e l, Rosa W e b e r, E n g e, Z e c h t l, M o s e r  
und Genossen

an die Bundesregierung,

betreffend die Erstellung eines Bundesjugendplanes ab dem Budgetjahr 1961.

-.-.-

Die bedauerlichen und empörenden antisemitischen und faschistischen Schmieraktionen der letzten Wochen wurden in der Öffentlichkeit und in der demokratischen Presse lebhaft kommentiert. Mit Recht haben namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und angesehene Publizisten aller Parteien und Konfessionen darauf hingewiesen, dass Polizeimassnahmen, so notwendig und angebracht sie im einzelnen Fall sein mögen, allein nicht genügen. Nur die konsequente Erziehung zur Demokratie und Mitverantwortung kann die Gewähr dafür bieten, dass die Jugendlichen totalitären Ungeist erkennt und ablehnt.

Gerade auf diesem Gebiet leisten die demokratischen Jugendverbände Österreichs unermessliche Arbeit, die von der Öffentlichkeit und vom Staat nicht genügend gewürdigt wird. Diese Jugendverbände arbeiten in ihrer selbst-geschaffenen Dachorganisation, dem Österreichischen Bundesjugendring, zusammen für ihre gemeinsamen Ziele: Erziehung zum freien Bürger der demokratischen Republik, zur Toleranz und demokratischen Zusammenarbeit. Tausende von Funktionären dieser Jugendverbände opfern ohne Entschädigung die Freizeit der Abendstunden und des Urlaubes, um diese Erziehungsarbeit zu leisten. Nicht für sich verlangen diese Funktionäre finanzielle Hilfe, sondern für Hilfsmittel, die ihnen die Arbeit erst ermöglichen: für den Bau und die Einrichtung von Heimen, für den Ankauf von Film- und Tongeräten, für die Abhaltung von Kursen und Lehrgängen, für Bücher und Instrumente und vieles mehr.

Die freien Jugendverbände, die ihren Mitgliedern keineswegs, wie manche Jugendklubs, nur Annehmlichkeiten bieten, sondern von ihnen geistige Mitarbeit, Bekenntnis zu einem Ideal und ausserdem einen Mitgliedsbeitrag fordern, können ihre Arbeit ohne finanzielle Hilfe des Staates nicht im wünschenswerten Ausmass fortsetzen.

Nur zum Vergleich sei mitgeteilt, dass die Deutsche Bundesrepublik heuer 72 Millionen DM für die Unterstützung der freien Jugendarbeit ausgibt und die Republik Österreich 1,6 Millionen Schilling (wobei die Mitgliedszahlen der deutschen

8. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 28. Jänner 1960

Jugendverbände, auf die Bevölkerungszahl umgerechnet, sicher nicht höher ist als die der österreichischen).

Die unterzeichneten Abgeordneten sind der Ansicht, dass die Unterstützung der freien Jugendarbeit nicht durch immer ungewisse Subventionen erfolgen soll, sondern auf Grund eines genauen Planes, der, in Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Bundesjugendring erstellt, den demokratischen Jugendverbänden die Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die nachstehende

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, mit dem Österreichischen Bundesjugendring als dem Vertreter der demokratischen Jugendverbände einen Finanzierungsplan für die Unterstützung der freien Jugendarbeit zu erstellen und für diesen Plan jährlich, beginnend mit 1961, die Geldmittel im Bundesfinanzgesetz bereitzustellen?